

Der Süden hat keinen Schutzschirm

G192 statt G20. Die knackig formulierte Forderung taugt zum Schlachtruf. Doch in einer Menge von Zehntausenden Menschen, die sich lautstark für unterschiedliche Dinge einsetzen, würde eine einzelne Stimme untergehen. Deshalb spielen die Oxfam-Aktivisten aus Berlin-Mitte Comichelden: Über ihren Köpfen ranken große Sprechblasen mit Sprüchen wie „Keine Spekulation mit Nahrung“, „Hypo Real: 102 Mrd., Afrika: 3 Mrd.“ und „Gerechter Handel statt Exportwahn“. Gebastelt hat sie Christina Schwalm, Praktikantin der Organisation. Sie ist auf der Demonstration in Berlin gegen den G20-Gipfel am 2. April mit von der Partie. „Mir ist es besonders wichtig, dass Bildungsprogramme im Zuge der Krise nicht zurückgeschraubt werden, vor allem die für Mädchen“, sagt die 24-Jährige.

Die Sprechblasen wandeln an Marktschreiern, kläffenden Polizeihunden und schaulustigen Touristen vorbei. Zur



Großdemonstration am Samstag vor dem Treffen der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer (G20) haben viele verschiedene Gruppen aufgerufen. Gewerkschafter,

Kommunisten, Globalisierungskritiker sowie Schüler und Studenten vereinten sich unter dem Motto „Wir zahlen nicht für Eure Krise“. Weltweit haben sie Gleichgesinnte, die am heutigen Tag auf die Straße für eine „solidarische Gesellschaft“

gehen. Viele halten das ganze System für falsch, andere schimpfen auf jene, die sie für die Verursacher der Krise halten: Finanzjongleure, Wirtschaftsberater und Politiker. Auch einige Bürger, die durch Bankenpleiten ihr Ersparnis verloren haben, sind darunter. „Mit 70 auf meiner ersten Demo“ steht auf einem der zahllosen Plakate.

Die relativ kleine Gruppe der entwicklungs- und umweltpolitischen Gruppen haben ihren eigenen Aufruf zu den Demonstrationen in Berlin und parallel in Frankfurt am Main



gestartet, um ihre Forderung nach ökologisch nachhaltigem und global gerechtem Wirtschaften zu betonen. Darin kritisieren „terre des hommes“, das „Forum Umwelt und Entwicklung“, „weed“ und andere, dass

kurzsichtige Profitmaximierung das beherrschende Prinzip unseres Wirtschaftssystems ist, während Natur und Mensch auf der Strecke bleiben. „Der Kapitalismus muss reformiert, aber nicht abgeschafft werden. Wir brauchen einen ökologischen Umbau der Wirtschaft“, sagt Tobias Hauschild von Oxfam. Aus Sicht von BUND-Sprecherin Tina Löffelsend greift die Agenda der G20 zu kurz: Beim Gipfel am 2. April gehe es nur um die Wirtschaftskrise, das Thema Klimakrise sei völlig in den Hintergrund gedrängt worden. Vergessen in den Diskussionen um die Wirtschaftskrise werden nach Ansicht von Hauschild auch die ärmsten Länder. „Entwicklungsländer haben oft keine Möglichkeit, der Krise entgegen zu wirken. Dort gibt es keine Konjunkturmaßnahmen.“ Um die Interessen des globalen Südens stärker vertreten zu sehen, gehöre das Forum der G20 abgeschafft. In einem

Positionspapier fordert der Dachverband der Entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen VENRO einen UN-Rat für wirtschaftliche und soziale Fragen. Dann hieße es nicht mehr G20, sondern G192.

Von Anita Demuth, MDG Korrespondentin Anita Demuth war bei dem Protestmarsch in Berlin dabei und schildert ihre Eindrücke.